PRESSEMITTEILUNG

Köln, den 4. September 2023

Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie e.V. (Fort X) Kulturhof Kalk e.V. (VGO Hallen Kalk) Kreationszentrum Zeitgenössischer Zirkus e.V. (VGO Hallen Kalk) Klug e.V. (Wandelwerk) Rosarot e.V. (Fort XI)

Betreff: Die Hallen Kalk sind kein Einzelfall.

Sehr geehrte Medien- und Pressevertreter*innen,

mit Blick auf die Aktuelle Stunde zum Thema gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in der kommenden Ratssitzung am 7.9.2023, möchten wir erklären, warum wir diese Aktuelle Stunde für dringend notwendig halten.

Wir alle investieren in unterschiedlichen Projektvorhaben mitunter seit Jahren Engagement, Zeit, Mut und einige von uns, dank der Hilfe von Förder*innen, auch nicht unerhebliche Summen von Geld. Unsere Vorhaben reichen von der Sanierung und Instandsetzung alter Industrieanlagen und Baudenkmäler oder die Wiederbelebung historischer Forts über die Umnutzung ehemaliger Büround Schulkomplexe bis hin zu stadtteilprägenden Quartiersentwicklungen wie eben den Hallen Kalk.

Jedes einzelne Projekt steht für Kultur, Gemeinwohl, Soziales und gesellschaftliche Teilhabe - und bringt seine ganz eigene Komplexität, Geschichte, Nachbarschaft, Stakeholderschaft und auch bauliche Herausforderung mit sich. Was unsere Vorhaben aber eint, ist - neben der zivilgesellschaftlichen Initiative und der gemeinwohlorientierten Zielsetzung -, die Entwicklung städtischer Grundstücke und Immobilien und damit eine Verfahrensabhängigkeit von der Stadt Köln.

Der Rückzug der Montag Stiftung aus dem Projekt Hallen Kalk war der Schlussstrich unter ihre vierjährige Erfahrung mit der Stadt Köln in einem solchen Verfahren. Die UnterzeichnerInnen dieser PM aus den Reihen der VGO Hallen Kalk haben diese Erfahrungen unmittelbar geteilt und zahlreiche andere Initiativen haben sich darin wiedererkannt. Die gesammelten und großenteils übereinstimmenden Erfahrungen sind u.a.:

• Gespräche werden abgebrochen oder verweigert.

- Termine werden nicht eingehalten oder es wird nicht zu ihnen erschienen.
- Einzelne Ämter verweigern eine plausible und notwendige Zuarbeit zu Prozessen.
- Mündliche und sogar schriftliche Vereinbarungen werden willkürlich geändert.
- Emails werden oft gar nicht, manchmal erst nach Monaten beantwortet.
- Fragen zur Prozessklärung bleiben unbeantwortet.
- · Bedingungen werden über Nacht geändert.
- Zugang zu den Objekten wird ohne Begründung verweigert.
- Relevante Kriterien öffentlicher Ausschreibungen werden Jahre später ohne Erläuterungen in einem Nebensatz für obsolet erklärt.
- Offizielle Termine auch mit politischen Vertreter*innen werden nicht vorbereitet, haben keine Agenda, keine Moderation und keine Protokollierung oder werden kurzfristig einfach abgesagt.
- Gebäude werden ohne Betreuung dem Verfall überlassen, mit Schäden, die in die Millionen gehen.

Die Liste ließe sich fortsetzen.

Natürlich haben zumindest die Meisten von uns zwischendurch auch andere Erfahrungen gemacht. Es gab Momente und Phasen der Zugewandtheit und Bekenntnisse zur Zusammenarbeit und manche städtische Mitarbeiter*innen waren und sind großartige Unterstützer unserer Projekte. Aber unterm Strich ist die Bilanz katastrophal.

Viele der genannten Probleme entspringen vermutlich keinem "bösen Willen", sondern mehreren Faktoren wie Personalmangel, internen Kommunikationsproblemen, einengenden Bestimmungen, fehlender Projektsteuerung in einer starren Ämterhierarchie. Hier erwarten wir eine gründliche Neuaufstellung im Umgang mit unseren Projekten!

Auch von Seiten der Politik hätten wir uns an mancher Stelle eine entschiedenere Haltung, mehr Durchsetzungswillen und einen offeneren Umgang mit womöglich vorhandenen Vorbehalten oder konkurrierenden Interessen gewünscht.

Zuletzt und ziemlich schwerwiegend kommt hinzu, dass wir uns des Eindrucks nicht erwehren können, dass Manches auch System hat und diese systematischen Handlungsweisen erkennen wir am ehesten im Zuständigkeitsbereich des Liegenschaftsamtes!

Die meisten unserer Projekte wollen städtische Baudenkmäler retten, für deren Sanierung und Erhalt der Stadtsäckel keine Reserven übrig hat. Dem Schimmel in den Wänden und den Rissen in den Mauern ist eine Blockade- und Verhinderungshaltung in der Verwaltung herzlichst egal. Uns ist das nicht egal. Die Überlegung jedoch, unser Engagement zu beenden, ist bei vielen nun auch konkret und akut. Wir möchten nicht mehr Projekte für eine Stadt ersinnen, an denen sie kein Interesse zeigt.

Einige Initiativen in dieser Stadt können Missstände öffentlich benennen, entweder, weil ihre Verfahren schon gescheitert sind oder weil sie in keinem räumlichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Stadtverwaltung stehen. Das trifft aber bei weitem nicht auf alle zu und der Satz "Wir müssen mit diesen Leuten ja noch arbeiten." fällt immer wieder in Gesprächen.

Keiner der engagierten Akteure und Bewerber hat einen angeborenen Anspruch auf irgendwas. Aber transparente und verlässliche Prozesse sind das Mindeste, was wir einfordern dürfen.

Wir fordern deshalb von den gewählten politischen Vertreter*innen der Stadtgesellschaft, das Verwaltungshandeln nicht nur kritisch zu prüfen, sondern dort, wo nötig, auch personelle Konsequenzen zu fordern sowie Strukturen zu initiieren, die die eigenen Beschlüsse nicht ad absurdum führen und unserem Engagement gerecht werden. Wir fordern einen Aufbau von Strukturen, die unsere Projekte aktiv unterstützen und fördern.

Zitate

Alexander Trennheuser (Vorstandsmitglied Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie e.V.)

Kontakt: alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

"Im Falle des Fort X haben wir vor über eineinhalb Jahren eine Bewerbung für das Anhandgabeverfahren abgegeben. Der erste Zeitplan lief Mitte 2022 ab, seitdem gibt es keinen neuen - trotz mehrfacher Bitten unsererseits. Allerdings teilt man uns nach eineinhalb Jahren per Mail in einem Nebensatz mit, dass entscheidende Kriterien der Ausschreibung plötzlich nicht mehr gelten. Ohne weitere Erklärung. Unsere Verfahrenskosten liegen bislang bei rund 50.000 Euro."

Fatma Erkus (Geschäftsführerin Kulturhof Kalk e.V. / VGO Kalk)

Kontakt: fatma@kulturhofkalk.de

"Seit April 2019 ist das ausgearbeitete Konzept des *kulturhof kalk e.V.* bei der Verwaltung und bei der Politik bekannt. Seitdem verlieren sich die Gespräche mit städtischen Vertreter:innen in teils unzusammenhängenden Treffen oder sog. *Dialogprozessen*. Oftmals verweist die Verwaltung auf fehlende politische Beschlüsse, die Politiker:innen auf fehlende Beschlüssvorlagen. Immer neue, zeitweise geänderte Hinderungsgründe zur Realisierbarkeit wurden durch die Stadt aufgeführt, das Erarbeiten von Lösungsmöglichkeiten wurde dabei durchweg uns zivilgesellschaftlichen Akteuren überlassen.

Die Verantwortungsgemeinschaft Osthof als Zusammenschluss dieser Akteure ist schließlich mit einem Gesamtkonzept für den Osthof an die Stadtverwaltung herangetreten. Trotz Entscheidungen des Verwaltungsvorstandes wurde ein bereits ausgehandelter Letter of Intent jedoch nicht unterzeichnet - weder wie vereinbart "vor der Sommerpause" noch innerhalb der eingeräumten Nachfrist. Und trotz Zusicherung auf Dezernenten-Ebene wird uns der Zugang zum Areal weiterhin – nun schon seit April 2020 - verwehrt. Den Zustand der Gebäude können wir daher nur erahnen: Neben unkontrolliertem Taubenbefall, überschwemmten Waschbecken, herabfallenden Deckenteilen, grundlos demontierten Stützbalken oder abrutschenden Dacheindeckungen haben

wir Kenntnis von einem Wasserrohrbruch vor über 2 Jahren, dessen "Behebung" darin bestand, sämtliche Kabel zu einem 4.900 gm fassenden Verwaltungsgebäude zu zerschneiden."

Susanne Beschorner und Dominikus Moos (Vorstand Kreationszentrum Zeitgenössischer Zirkus e.V. /VGO Kalk)

Kontakt: kontakt@cccc.cologne

"Als ein Teil eines in und aus dem Stadtteil Kalk strahlenden Gesamtkonzeptes für den Osthof der Hallen Kalk, sollte ein Kreationszentrum Zeitgenössischer Zirkus entstehen. Ein Ort, um einer vierten performativen Kunstsparte in Köln einen Entstehungsraum zum Kunstschaffen zu entwickeln, scheint nun vorerst geplatzt.

Wenn die renommierte Montag Stiftung urbane Räume bei einem Projekt, wie den Hallen Kalk abspringt, mit der Begründung, dass die Stadt Köln "kein verlässlicher Partner ist", sollte dringend von Seiten der Stadt versucht werden, eine befugte und funktionierende Struktur eventuell auch außerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die die Stadt Köln zu verlässlicher Zusammenarbeit befähigt. Mit dieser Aktion könnte dann der Versuch gestartet werden, die Montag Stiftung zurück zu holen oder nach einer neuen Stiftung Ausschau zu halten."

Jan Pehoviak (Vorstand Klug e.V. / Wandelwerk)

Kontakt: jan@pehoviak.de

"Seit Jahren betreiben wir eine erfolgreiche Quartiers- und Netzwerkarbeit im Liebigquartier, mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Entwicklung. Mit dem WandelWerk haben wir einen Ort geschaffen, dessen Vorbildfunktion und Relevanz von Politik, Verwaltung und OB Reker klar benannt wurden. Trotz dieser professionellen Arbeit und einer stetig konstruktiven Haltung der Stadt gegenüber, müssen wir an einigen entscheidenden Stellen um jede Aufmerksamkeit ringen. Bis heute sind unzählige Stunden Ehrenamt und weit über 500.000€ Fördergelder in die Projekte im Liebigquartier geflossen. Spätestens jetzt brauchen wir konkrete Zugeständnisse seitens der Politik und Verwaltung - oder wir müssen uns fragen, ob wir überhaupt eine Perspektive in dem Quartier haben."

Philip Minettos (Vorstandsmitglied RosaRot e.V. / MundZuMund)

Kontakt: vorstand@rosarot.info

"Nachdem wir drei Jahre lang Konzepte, Finanzierungspläne und Gutachten für ein Kulturzentrum im Fort XI in Mülheim eingereicht haben, wurde uns bei einem gesammelten Termin mit den beteiligten Ämtern gesagt, dass sie großteilig nicht einmal das Konzept gelesen hätten, geschweige denn wussten, um welches Gelände es überhaupt geht. Bei dem Hinweis darauf, dass bei Karneval ja auch regelmäßig der Ermessensspielraum gedehnt würde, hatte das Bauaufsichtsamt folgende professionelle Aussage parat: "Karneval können Sie ja jetzt nicht mit Kultur vergleichen" - diese Aussage ist gleich in mehrfacher Hinsicht fragwürdig."